

Die GRÜNEN im Bewegungserbst

Linksradikale Bekenntnispartei oder Konkurrent um die Mitte?

Dr. Helmut Wiesenthal, geb. 1938 in Meuselwitz/Thüringen, verschiedene Tätigkeiten in der metallverarbeitenden Industrie, Studium der Sozialwissenschaften, Wissenschaftlicher Angestellter an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, Beirat im Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Berlin.

Der Einfluß der GRÜNEN auf die bundesrepublikanische Gesellschaft steht außer Frage. Die GRÜNEN sind nicht nur eine einmalig erfolgreiche Neuschöpfung im vermeintlich verselbständigten und abgeschotteten Parteiensystem. Ihr Erfolg als „Bewegungspartei“ beförderte zudem einen ökologischen Aufmerksamkeitsschub, wie er in anderen Industriestaaten unbekannt ist oder erst allmählich in Gang kommt. Doch vergangene Erfolge schützen nicht vor künftigen Fehlern. Wie einst die SPD in ihrer Regierungszeit, so demonstrieren heute die (nichtregierenden) GRÜNEN, daß ein Pauschalvertrauen in ihre Politik ungerechtfertigt ist. Erfolge von Organisationen, ihren Bestand zu sichern, sind nicht identisch mit der Verwirklichung der Ziele, die Personen im Sinn haben, wenn sie „ihre“ Organisation unterstützen. Auch die grüne Partei ist nicht gegen Verselbständigungstendenzen gefeit.

Gewollte und ungewollte Wirkungen

Die Präsenz grüner Parlamentarier in Stadträten und Landtagen verhalf den „etablierten“ Parteien dazu, Probleme und Politikalternativen zur Kenntnis zu nehmen, mit denen sie sich aus anderen als aus Konkurrenzgründen kaum ernsthaft und kontinuierlich befaßt hätten. Inzwischen sind Themen wie alternative Energiepolitik, „atomwaffenfreie“ Kommunen, umweltgerechte Müllentsorgung, Radwegebau und Verkehrsberuhigung, Förderung von Frauenhäusern und Bevorzugung von Frauen bei Stellenbesetzungen, Engagement für Asylbewerber und gegen Ausländerfeindlichkeit sowie überhaupt die rückhaltlose Aufdeckung sozialer und ökologischer Mißstände Gemeingut geworden, auch wenn sie nicht reibungslos in politische Alltagsroutinen passen. Wo Anträge mit solchen und ähnlichen Anliegen bloß an Kommissionen verwiesen werden oder allenfalls zur Anforderung von Gutachten führen, drohen den Abwieglerinnen Stimmenverluste. Das ist die vertrauteste, aber nicht die einzige Wirkung der grünen Präsenz. Drei weitere verdienen Beachtung.

Zum einen hat der Einstieg vieler junger, bürokratisch unerfahrener und vom „Bohren dicker Bretter“ noch nicht ermüdeter Freizeitpolitiker zu einer unerwarteten *Ausweitung politischer Handlungsfelder* geführt. Nicht wenige grüne Anträge und Konzepte erlangten Aufmerksamkeit, *weil* sie mit großer Unbefangenheit und ohne Rücksicht auf alle denkbaren Hindernisse, entgegenstehenden Meinungen oder andere Prioritäten in die Debatte gebracht wurden. Die Wirkung ist paradox: Im Regelfall mußten die GRÜNEN ihre Erwartungen „nach unten“ korrigieren, aber zur Überraschung von Politikroutiniers wie von frustrierten Linken wurde plötzlich „mehr“ an Veränderungschancen sichtbar als Vertretern des Sachzwangarguments lieb ist. Das Feld politischer Möglichkeiten hat sich vergrößert, weil mit den GRÜNEN wieder Reformoptimismus und politische Risikobereitschaft ins Spiel kamen.

Zum zweiten haben die GRÜNEN, nicht immer absichtlich und oft gegen die Intentionen ihres fundamentalistischen Lagers, zur *Aufwertung des Parlaments* beigetragen: Nicht nur unversöhnlicher Streit, sondern auch ungewöhnlicher Fleiß kennzeichnen die Arbeitsweise ihrer Bundestagsfraktion. Eine Vielzahl von Gesetzesinitiativen und die drastisch vermehrte Nutzung des Kontrollinstrumentariums der (kleinen und großen) Anfragen und Untersuchungsausschüsse bewirkten, daß konservative Regierungspolitik in einem ungewohnt hellen Licht öffentlicher Kritik stattfinden mußte und vor kaum einem Argument zugunsten von ausgeschlossenen Interessen (seien es die Sozialhilfeempfänger oder Völker der Dritten Welt) verschont blieb. Die GRÜNEN sind „mitschuldig“, daß die Wendepolitik nicht ohne weiteres dem Zynismus der Thatcher-Regierung in Großbritannien folgte und nur sehr selten den Erwartungen des bayerischen Ministerpräsidenten genügt.

Drittens ist schließlich die durch grüne Wahlerfolge bewirkte *Kräfteverschiebung im Parteienspektrum* zu vermerken. In der Bundestagswahl 1987 hat sich die Wählerschaft der GRÜNEN auch auf beachtliche Anteile unter den (jüngeren) Facharbeitern, Angestellten und Beamten, einschließlich der High-Tech-Beschäftigten ausgedehnt.¹ Weil die Wählergewinne vor allem zu Lasten einer Partei, nämlich der SPD, gehen, hängen deren Chancen nun nicht mehr allein von Mobilisierungserfolgen (beispielsweise des sozialdemokratischen „Wir-Gefühls“) im Wettbewerb mit der CDU/CSU ab, sondern zusätzlich von ihrer Überzeugungskraft als *linke* Reformpartei, die unter Konkurrenzdruck geraten ist: Wählerinnen mit ökologischen und sozialen Reformansprüchen haben in den GRÜNEN eine Alternative gefunden. Damit hat sich das Handlungsfeld der Sozialdemokratie grundlegend verändert: Nun waren SPD-Mehrheiten nur noch dort erwartbar, wo die GRÜNEN kraftlos und unattraktiv wirkten. Anderenorts schien „rote“ Regierungsbeteiligung nur im Verein mit den GRÜNEN oder als Notstandsfall einer Großen Koalition mög-

¹ Die GRÜNEN erhielten bei den Facharbeitern 7%, bei Gewerkschaftsmitgliedern sogar 8% der Stimmen. Ihr Anteil bei („kleinen und mittleren“) Angestellten betrug 10 %. Vgl. U. Feist, H. Krieger: Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/1987, S. 33-47 (hier: S. 40f.). Noch etwas höhere Anteile finden sich in: Forschungsgruppe Wahlen: *Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18, Heft 2, Juni 1987, S. 253-284.

lich. Solange sich die FDP ausschließlich wirtschaftsliberal gebärdet und der konservativen Wende verpflichtet fühlt, können (konnten?) die GRÜNEN über die Regierungschancen der SPD und damit auch über deren weiteren Entwicklungsweg mitentscheiden. Könnten sie der fundamentalistischen Versuchung widerstehen, so brauchten sie selbst ein Zusammengehen der beiden Großen nicht zu fürchten: Erhebliche Stimmengewinne wären ihnen sicher und würden die Grundlage für selbstbewußte Alternativangebote an die SPD abgeben. So mochten sich zwar die GRÜNEN bescheiden als Sprachrohr sozialer Bewegungen und „Ankläger im Hohen Haus“² betrachten, *de facto* besetzten sie eine Schlüsselrolle im Parteiensystem, auch wenn sie die Last dieser Verantwortung gelegentlich scheuen.

Umweltprobleme der Umweltpartei

Wegen der größeren Ungewißheit über die künftigen Mehrheitsverhältnisse wurden die GRÜNEN von ihren Konkurrenten zunächst nur als Störenfriede betrachtet. Man hoffte, ihr Aufstieg verlaufe nach dem Muster der NPD in den sechziger Jahren: unerwartet, unverdient und kurzlebig. Ihre Uneinheitlichkeit erlaubte es, sie entweder als Spätgeburt der Studentenrebellion oder als Sammlung konservativ-ökologischer, ja sogar als vermeintlichen „Nährboden für rechtsautoritäre Kräfte“ (Johannes Rau)³ zu verteufeln. Was neben dem Umweltthema ihr eigenes und von den anderen Parteien unterschiedenes Profil sein könnte, blieb weithin unklar. Prominente Grüne und wohlwollende Intellektuelle versuchten zwar, eine grüne Identität zu formulieren: als systemoppositionelle „Antiparteipartei“ (Petra Kelly), als quasi-religiöse „Bewegung für die Umkehr in den Metropolen“ (Rudolf Bahro)⁴ oder - etwas realistischer - als Partei „neuen Typs“, die verschiedenartige Betroffenheiten aus der Verletzung von Lebensinteressen zur Sprache bringt (Claus Offe).⁵ Aber faktisch wurde das „Gesicht“ der GRÜNEN stärker als bei anderen Parteien von ihrer Neigung zu moralisierender Kritik und einer radikalen, oft handlungsfernen Programmatik bestimmt. Als das Programmpaket aus linksökologischer Wirtschaftsreform, egalitärer Sozialpolitik und anti-autoritären (später feministischen) Emanzipationszielen geschnürt war, hatte bereits seine parteiinterne Infragestellung begonnen. Im Interesse der Verwirklichung grüner Ziele mochten sich die GRÜNEN einer Anpassung an die vorgefundenen Umstände und Handlungsgelegenheiten nicht entziehen.

Radikaldemokratische Prinzipien wie die Postulate der Ämterrotation, des imperativen Mandats und der einmütigen Entscheidung (Konsensprinzip) hatten zwar den eigenen Anspruch auf moralisch überlegene (basisdemokratische) Politikformen untermauert, erwiesen sich aber als Hindernisse für kontinuierliches, effektives und selbstkontrolliertes Handeln. Denn längst war

2 So der Titel eines Buches von D. Cornelsen (Essen 1986).

3 So lautet der Titel eines von J. Rau autorisierten Beitrages in: J. R. Mettke (Hg.): Die Grünen, Regierungspartner von morgen?, Reinbek 1982.

4 R. Bahro: Wer kann die Apokalypse aufhalten?, in: ders.: Wahnsinn mit Methode, Berlin 1982, S. 21.

5 Vgl. C. Offe: Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: R. Roth (Hg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt/New York 1980, S. 26-42.

der Rotationszwang durch informelle Rotationskartelle unterlaufen, die Listenplätze und Vorstandsposten im Bäumchen-wechsel-dich-Spiel besetzten. Auch imperatives Mandat und Konsensprinzip hatten angesichts der unterschiedlichen Meinungen und Ziele nicht die von ihnen erhofften Wirkungen gebracht. Sie waren mit dem allgegenwärtigen Diskussionsbedarf und der Notwendigkeit, unter Zeitdruck zu entscheiden, nicht vereinbar. So mußten sich auch die GRÜNEN organisatorisch rationalisieren - mit der Folge, daß sie nun dieselben Probleme an ihrer Basis registrieren wie „etablierte“ Parteien: stagnierende Mitgliederzahlen, abnehmendes Engagement für ehrenamtliche Arbeit und geringe Sachkompetenz in Basisentscheidungen.

Daß sie gezwungen waren, weitverbreitete „Basisprobleme“ nachzuerleben, verdankt sich noch einem weiteren, erst später bemerkten Anpassungsprozeß der GRÜNEN: der bequemen Erwartung, die autonomen Bewegungen und Initiativen der siebziger und frühen achtziger Jahre blieben den GRÜNEN als eine unerschöpfliche Energiequelle auf Dauer erhalten. Statt dessen ist seit geraumer Zeit ein „politischer Aktivitätsrückgang der neuen sozialen Bewegungen“⁶ zu registrieren; Anti-AKW-, Friedens- und andere Bewegungsgruppen sind auf jenen Kern von Unentwegten geschrumpft, der gegen Frustrationen immun zu sein scheint, weil er die Gruppenidentität über politische Zwecke zu stellen versteht. Dieser Beobachtung steht nur noch die vage Hoffnung gegenüber, daß auf den Bewegungsherbst bald wieder ein neuer Frühling folgt.

Doch solche Hoffnung trügt: Einerseits führten eigene Erfolge bei der Durchsetzung ökologischer Themen und der Auflösung eines falschen Fortschrittsvertrauens auch zu veränderten Erwartungen der Wählerinnen an die GRÜNEN: statt nur Problembewußtsein sind auch *Problemlösungen* gefragt. Andererseits ist die ermattete Unterstützung auch der deutlichen Kluft zwischen „realer“ Katastrophenangst und „utopischen“ Fundamentalrezepten zuzuschreiben: Viele Menschen bezweifeln, daß sie eine „ganz andere Gesellschaft“ herstellen können, wenn es noch nicht einmal gelingt, die Energieproduktion auf langfristig verantwortbare Verfahren umzustellen. Hinzu kommt die Erfahrung, daß wiederholte Entlarvungen, wenn sie nicht in eine Diskussion über praktische Alternativen münden, als gefährliche Beruhigungsdroge wirken: Sie täuschen Handeln vor, aber kurieren noch nicht einmal die Problemsymptome, vom Zugriff auf die Ursachen ganz zu schweigen.⁷ Wird trotz des Wandels sozialer Erfahrungen am Konzept der Bewegungspartei festgehalten, so wird sich der Erosionsprozeß der Bewegungen auch auf die Mitgliederbasis und den politischen Einfluß der GRÜNEN ausdehnen.

Parteiidentität durch Programmkataloge?

Aufgrund ihrer Herkunft aus der Ökologie- und der Anti-AKW-Bewegung, aus den Bürgerinitiativen und einigen Resten der studentischen K-Gruppen-

6 B. Zeuner: Parlamentarisierung der Grünen, in: Prokla 61, Dez. 1985, S. 5-22 (hier: S. 5).

7 Vgl. A. Stolzenwaldt: Hanau: Selters statt Sekt, in: links Nr. 217, April 1988, S. 8f.

„Parteien“ waren die GRÜNEN in den ersten Jahren weder durch ein gemeinsames Weltbild noch durch einen Konsens über positive Ziele integriert. Einigkeit bestand nur über das, was man *nicht* wollte: die Fortsetzung der umwelt-, technikfolgen- und bedürfnisblinden Entwicklung, sei es unter dem Druck kapitalistischer Marktzwänge, sei es nach dem Kommando einer autoritären Staatsbürokratie.⁸ Die pluralistisch zusammengesetzte „postindustrielle Rahmenpartei“⁹ fuhr mit dieser *Negativkoalition* so lange gut, wie es genügte, sich kritisch auf ihre Konkurrenten zu beziehen. „Grün“ stand für Ökologie, alternative Lebensweisen und egalitäre Verteilungspolitik. Als sich jedoch die Wirkungen der grünen Präsenz auch in einer Ökologisierung der Programme anderer Parteien (insbesondere der SPD) niederschlugen, wurden auch die GRÜNEN nachdrücklicher um Antwort auf Wie-Fragen gebeten. Plötzlich standen sie an der Weggabelung zwischen zwei Parteiprofilen: dem schwierigen Weg zu Handlungsprogrammen gemäß einer eigenen, noch zu präzisierenden Wirklichkeitsdeutung und dem bequemeren Weg, sich auf das Zusammentragen und Weitertransportieren der von sozialen Bewegungen erhobenen Forderungen zu beschränken.

In der Willensbildung der Bundespartei und einiger Landesverbände wurde der zweite Weg gewählt. Man addierte die „bewegungserzeugten“ Problemdefinitionen und im Zweifelsfall entschied man sich für maximale Verbalradikalität. Jedem Einzelproblem wurde seine begriffliche Negation als punktuelle Abhilfe entgegengesetzt. Seitdem wächst der umfangreiche Katastrophenkatalog durch „enzyklopädischen Kompromiß“, das heißt die Forderungen von Bewegungen, die ihr Anliegen unzureichend vertreten sehen, werden einfach hinzugefügt. Dabei kommen übergreifende Problemzusammenhänge sowie ökonomische und ökologische Wechselwirkungen viel zu kurz. Falls solche Programme überhaupt noch Leserinnen außerhalb der Partei finden, vermissen sie Prioritäten, Zeitperspektive und einen roten (oder grünen) Faden.¹⁰

Soziologische Analysen erklären, warum die GRÜNEN durch Beharren auf dem Vorrang von Bewegungen in eine Sackgasse, statt in eine neue Aufschwungphase geleitet werden:¹¹ Soziale Bewegungen, die sich um einzelne hervorstechende gesellschaftliche Probleme gruppieren, erlangen nur dann (vorübergehend) Bestand, wenn sie neben allen sonstigen Zwecken als ein Identität vermittelnder Kommunikationsrahmen dienen, in dem die Selbstbilder der Mitglieder fortwährend Bestätigung erfahren. Diese Funktion ist heute auch sozialen Bewegungen zugefallen, weil sich die traditionellen

8 Hier ist an das vielgescholtene Motto „Nicht links, nicht rechts, sondern vorn“ zu erinnern. Seine Befürworter wollten allerdings nicht Neutralität im Verteilungskonflikt, sondern Distanz zu den überlieferten Utopien linker und rechter Weltanschauungen bekunden.

9 J. Raschke: Jenseits der Volkspartei, in: *Argument* 137, Jan./Febr. 1983, S. 54-65.

10 Immerhin initiierte die erste Bundestagsfraktion der GRÜNEN zur Ergänzung der Additionsprogramme ein integriertes Konzept für Umwelt- und Sozialpolitik, das unter dem Titel „Umbauprogramm“ diskutiert und vor der Bundestagswahl 1987 von der Partei akzeptiert wurde.

11 Das im folgenden entwickelte Argument entnehme ich: A. Brandhorst: *Klassenpartei und Bewegungspartei*, Diplomarbeit an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, Ms. 1988.

sozialen Milieus aufgelöst haben, in denen früher die Individuen ihre Identität als Teilhaber an stabilen kollektiven Deutungen (die unter Umständen auch Grundlage solidarischen Handelns sein konnten) entwickelten. Seitdem müssen Gruppen und Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft *auch* Aufgaben der Sinnstiftung und Identitätsbestätigung miterfüllen. Der tiefgreifende soziale Wandel insbesondere der letzten vier Jahrzehnte führte nicht nur zum Verlust der Erfahrungsbasis der (Arbeiter-)Klassenpartei, sondern auch zur Überlastung jener Organisationszusammenhänge, die wie die neuen sozialen Bewegungen an ihre Stelle getreten sind. Um trotz unterschiedlicher Mitgliedererfahrungen und -lebensverhältnisse fortzubestehen, müssen sie - unter Vermeidung von Rationalitätsprüfungen - auch geringe Übereinstimmungen im Sinnerleben der Mitglieder bestätigen und im Zweifelsfall auf Analyse und Kritik der Sinninhalte verzichten.

Indem sich die grüne Partei weltanschaulich und programmatisch vor allem auf soziale Bewegungen stützt, wird sie in besonderem Maße zum Medium der Sinnsuche und einer selbstbezüglichen Kommunikation: Man redet vorwiegend über sich selbst und verliert die Fähigkeit zur nüchternen Wirklichkeitswahrnehmung.¹² Die Identitätsfrage („*Wer sind wir?*“), die in jeder auf Solidarität aufbauenden Organisation beantwortet werden muß, wird hier zum Allzweckwerkzeug, mit dem alle übrigen Fragen als unzulässig ausgehebelt werden. Notwendige Debatten über Ziele und Wege des Handelns („*Was werden wir tun?*“) unterbleiben, Selbstdarstellung dominiert die Ziel- und Folgenorientierung des Handelns.

Solange die sozialen Bewegungen selbst genügend Wirklichkeit „aufnehmen“, indem sie sich um gesellschaftlichen Einfluß bemühen, profitiert die Partei von ihrem Wissen, von der Authentizität ihrer Forderungen und vom Engagement ihrer Teilnehmer. Aber eine Vielzahl schwacher und sich widersprechender Gruppen (wie etwa die autonome Anti-AKW-Bewegung und die „nach Tschernobyl“ entstandenen Mütterinitiativen) stellt die Partei vor die Aufgabe, unterschiedliche Vorstellungen miteinander abzustimmen und selbst ein verantwortbares Handlungsprogramm zu entwickeln. Diese Aufgabe ist um so dringlicher, als die in wenig „bewegten“ Zeiten erhobenen Forderungen stark von der Enttäuschung der Bewegungsaktivisten geprägt sind. Sie fallen radikaler und unversöhnlicher aus, so daß sie weithin unverständlich bleiben. Um so weniger kann von einer Berücksichtigung von „Lösungen zweiter Ordnung“, nämlich für die Folgen von Problemlösungen,¹³ wie sie in umsetzbaren Handlungsprogrammen erwartet werden, die Rede sein.

Wie Bewegungsorientierung Unbeweglichkeit zu erzeugen vermag, zeigte sich unter anderem an den Forderungskatalogen, die die GRÜNEN lange

¹² Vgl. insbesondere: N. Luhmann: Ökologische Kommunikation, Opladen 1986.

¹³ Das betrifft v. a. den Problemzusammenhang zwischen gefährlichen Industrieproduktionen und einem Mangel an Beschäftigungsalternativen. Vgl. C. Offe: Zwischen Bewegung und Partei. Die Grünen in der politischen „Adoleszenzkrise“?, in: O. Kallscheuer (Hg.): Die Grünen - Letzte Wahl?, Berlin 1986, S. 40-60 (hier: S. 53).

vor Wahlterminen (also noch ohne Kenntnis des Wahlergebnisses und der Verhandlungssituation) für eine Zusammenarbeit mit der SPD aufzustellen pflegten. Solche Absagen, bloß den Mehrheitsbeschaffer zu spielen, hatten in den frühen Jahren der GRÜNEN eine wichtige Funktion: Sie sollten das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild korrigieren, nach welchem kleinere Parteien wie selbstverständlich eine Koalition mit der Regierungspartei anstreben und dafür auch ihre eigenen Ziele preiszugeben bereit sind. Dazu waren und sind die GRÜNEN nicht bereit. Paradoxe Weise wurden diese Vorabfestlegungen aber auch dann noch vorgenommen, als die anspruchsvollen Ziele der GRÜNEN genauso gut bekannt waren wie ihre Abneigung, sich um jeden Preis an Regierungen zu beteiligen. Selbst dann wurden noch umfangreiche Forderungspakete an die SPD adressiert, als diese schon längst glaubwürdig abgewinkt und sich auf die Suche nach der „eigenen“ Mehrheit oder einem anderen Partner gemacht hatte. Die potentiellen Wählerinnen der GRÜNEN konnten die Forderungskataloge dann nur noch als prinzipielle Absage an jede Zusammenarbeit oder als Beleg für grüne Realitätsferne und Egozentrik interpretieren.

Der Konflikt zwischen Bewegungsidentität und Politikorientierung unterliegt nicht nur dem ermüdenden „Realo-Fundi-Streit“, sondern auch der immer wieder an die GRÜNEN gerichteten „Gewaltfrage“. Die GRÜNEN kennzeichnet ja beileibe keine Neigung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen oder gar zu Bürgerkriegsillusionen, wie konservative Politiker gern unterstellen. Das Thema kommt jedoch regelmäßig auf den Tisch, wenn prominente Grüne mit emphatischer Geste das Verfassungsprinzip des staatlichen Gewaltmonopols in Frage stellen, weil sie sich ihrer Identität durch möglichst prägnante Gegensätze (etwa zum Staat) vergewissern möchten.¹⁴ Gravierender als das Fetischthema „Gewalt“ erscheinen die Folgen der dominanten Bewegungsorientierung auf das politische Profil und die konzeptionelle Kreativität der Partei.

Innovation und Regression

In den frühen achtziger Jahren, als der Konflikt zwischen Identitätsbedürfnissen und politischen Zielen noch latent blieb und Diffamierungsanstrengungen der „etablierten“ Parteien die GRÜNEN von außen zusammenschweißten, hatte die Aufbruchstimmung weit größere Kreise als die Parteimitglieder erfaßt. Allerorten diskutierten grüne Arbeitsgruppen über „ökologische Kreislaufwirtschaft“, „neue Sozialpolitik“, über die Veränderung von Wissenschaft und Bildung, Frauenarbeit und Technikentwicklung. Die GRÜNEN waren Motor, Adressat, Diskussionsforum und Ideenpool für Vorschläge zu einer „Neuen Politik“. Wissenschaftler (auch im Ausland), die an ökologischen und sozialen Fragen arbeiteten, bezogen sich auf die GRÜNEN und die möglicherweise durch sie eröffneten Reformchancen.

¹⁴ Daß sich damit die Chancen verschlechtern, eine öffentliche Diskussion über Legitimation, Auslösebedingungen und (viel zu niedrig angesetzte) Eingriffsschwellen der staatlichen Gewalt zu führen, ist eine ungewollte, aber politisch zu verantwortende Folge des bloß expressiven Handelns.

Aus dieser Zeit konzeptioneller Kreativität (bis etwa 1984) stammen die wichtigsten Beiträge der GRÜNEN zu heute breit diskutierten Vorschlägen: zur Umstellung von sozial unverträglichen Produktionen (zum Beispiel Rüstungskonversion), zur ökologisch und beschäftigungsorientierten Reform des Steuersystems (beispielsweise Wertschöpfungssteuer), zur sozialen Anerkennung und Absicherung von Pflege- und Betreuungsarbeit, zur Umverteilung der Erwerbsarbeit auf die Arbeitslosen und alle unfreiwillig erwerbslosen Frauen, für umfassende Arbeitszeitverkürzungen (mit abgestufter Einkommensausgleich), für die Orientierung von flexiblen Arbeitszeiten an den Zeitbedürfnissen der Arbeitnehmer und für eine allgemeine soziale Grundversicherung. Viele Vorschläge sind inzwischen Gemeingut geworden; so hat die SPD im Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm manche Anregung der grünen Diskussion aufgegriffen. Das bleibt positiv zu werten, auch wenn bezweifelt wird, ob eine Volkspartei ohne den Druck eines kleinen, aber hartnäckigen Koalitionspartners konkrete Umsetzungsschritte unternehmen kann.

Der Erfolg grüner Diskussionen, wie er selbst im Streit über die von Oskar Lafontaine unterbreiteten Vorschläge zur Arbeitsumverteilung erkennbar wird, kontrastiert heute auf eigentümliche Weise mit einer sterilen, vorurteilsbeladenen und unkreativen Stimmungslage bei den GRÜNEN selbst. Sie haben sich von einem leistungsfähigen Politikinnovator zu einem schwachen Verstärker von Konfliktrhetoriken entwickelt, ohne daß sie dadurch an Mobilisierungs- und Überzeugungskraft gewonnen hätten. In jüngerer Zeit wurde lediglich beim Themenkomplex Frauenpolitik noch mit der Vorlage eines Antidiskriminierungsgesetzes und der konsequent durchgeführten Quotierung aller Parteistellen und Mandate Vorbildliches geleistet. In allen anderen Politikfeldern dominieren Identitätsgesichtspunkte über die Frage nach der Tauglichkeit von Reformvorschlägen und der Art ihrer voraussichtlichen Wirkungen.

Damit verfallen die Chancen, die die GRÜNEN dank ihres linksökologischen Profils und der ihnen entgegengebrachten Aufmerksamkeit besitzen: Statt sich als Fokus von Debatten über die Selbstgestaltung einer ökologiebewußten Gesellschaft zu verstehen und systematisch Wege zu suchen, die die Abhängigkeit von der weltmarkteffizienten Kapitalverwertung zu lockern versprechen, begnügen sie sich mit den Denkmustern der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Allerdings konnte man damals (aber nicht mehr heute) annehmen, daß (a) die Überwindung von Markt- und Kapitalverhältnissen keine nennenswerten Opfer verlangt, weil sie mit unmittelbaren Wohlfahrtsgewinnen (im Sinne „gesteigerter Produktivkräfte“) verbunden ist, und (b) die Natur eine unerschöpfliche Lebensgrundlage darstellt, für die die Volksweisheit gilt: „Zeit heilt alle Wunden“. Indem sie den einfachsten Deutungen folgt, macht die Partei dasselbe wie eine naive sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung, die „die expressiv-symbolischen Möglichkeiten der neuen Bewegungen liebend überschätzt“.¹⁵ Als Beispiel bieten sich die Arbeitsge-

15 K. von Beyme: Neue soziale Bewegungen und politische Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 44/1986, S 30-39 (hier- S 30).

meinschaften „Grüne und Gewerkschafterinnen“ an. Sie sind vielen von SPD oder K-Gruppen enttäuschten Gewerkschaftsaktivisten zu einer neuen Heimat geworden, in der von der Wiederbelebung der Arbeiterbewegung geträumt und jeder Tarifkonflikt mit einem Endspiel „Arbeit gegen Kapital“ verwechselt wird. Dieser mit einem kräftigen Schuß Arbeitertümelei gewürzten Einschätzung entsprechen auch die Beiträge der grünen Gewerkschafterinnen zum Wirtschaftsprogramm der Partei, für das sie eine Art Expertenmonopol beanspruchen. Dem gleichen regressiven Denkstil folgt die Antwort zentraler Gremien der GRÜNEN auf die Vorschläge von Lafontaine zur Arbeits- und Arbeitszeitpolitik: Man zögerte nicht, die eigene Programmforderung nach einem differenzierten Lohnausgleich bei beschäftigungswirksamen Arbeitszeitverkürzungen zu dementieren, statt die endlich begonnene Diskussion über eine Arbeitsverteilung zugunsten der Arbeitslosen mit eigenen Vorschlägen zur Vermeidung sinnloser Opfer, das heißt zur Gewährleistung von Neueinstellungen fortzuführen.

Angesichts der drängenden ökologischen und sozialen Probleme, denen die GRÜNEN ihren Aufstieg „verdanken“ und deren Wahrnehmung immer wem'ger an Parteizugehörigkeit und Wahlverhalten gebunden ist, scheinen sich die GRÜNEN um die Entwicklung einer bislang unbekanntem Spielart von „Linkskonservatismus“ zu bemühen. Das neue übervereinfachte und auf gefühlsbetonten Gegnerdefinitionen beruhende Selbstverständnis hat zur konzeptionellen Selbstkastration geführt. Ihre Politik setzt eine weitaus schüchtere gesellschaftliche Umwelt voraus, als sie heute existiert: Wenn selbst kapitalistische Unternehmen, Wirtschaftsverbände und konkurrierende Parteien auf systematische Informations- und Komplexitätsgrenzen stoßen, die sie hindern, ihre langfristigen Interessen zu erkennen und optimal zu verwirklichen, dann kann auch eine Ablehnung „grüner“ Konzepte durch die Gegner nicht mehr als Beweis für die Richtigkeit ihrer Auswahl dienen, wie oft angenommen wird. Im komplexen System des modernen Kapitalismus, in dem Reformen nur gelingen, wenn seine lebensnotwendigen (Versorgungs-) Leistungen nicht aufs Spiel gesetzt, sondern *zum Zwecke ihrer Umgestaltung* beachtet und abgesichert werden, darf die Art reformpolitischer Eingriffe weder nach individuellem Gefühl noch nach rhetorischen Gesichtspunkten ausgesucht werden.

Chancen und Risiko

Gegenwärtig haben jedoch nicht nur die GRÜNEN, sondern auch die Volksparteien SPD und CDU/CSU Sorgen um das Verhältnis von mobilisierungstüchtigen Konzepten und einer sich verändernden Wählerbasis. Die „typischen“ Stammwähler der Parteien werden weniger. Emsig werden die Motive der neuen Mittelschichten erkundet, von denen man eigentlich nur weiß, daß ihre Angehörigen kaum noch dauerhafte Parteibindungen unterhalten, sondern um ganz bestimmter Wirkungen (auf Regierungsbildung oder Politikziele) willen das eine Mal diese und das nächste Mal jene Partei wählen. Den

GRÜNEN kann die Unsicherheit der „Großen“ keinen Trost bieten, denn auch ihr Schicksal hängt an den Entscheidungen dieser Wählergruppen, die ja nicht bloß aus egozentrischen Yuppies und Dinks bestehen.¹⁶ Das Verschwinden des typischen SPD- beziehungsweise CDU-Wählers findet nämlich ein Pendant bei den GRÜNEN, die von der Ausfransung auch der alternativen Milieus betroffen sind und wachsende Schwierigkeiten haben, für jüngere Wähler verständlich zu bleiben, denen der politisch-kulturelle Protestsinn der Alternativszene fremd ist: Sie haben weder den antiliberalen und antikommunistischen Muff der Kalten-Kriegs-Ära noch die technokratische Kontrollbegeisterung früherer (auch sozialliberaler) Regierungen erlebt. Die „Jugendlücke“ der GRÜNEN und ihre sehr niedrige Mitgliederzahl lassen durchaus eine „Versteinerung innerparteilicher Verhältnisse“¹⁷ befürchten.

Die Erfolge der ökologischen Aufklärung, die Verallgemeinerung „grüner“ Themen und die Auflösungserscheinungen im alternativen Milieu bedingen, daß immer weniger Wähler allein durch Aufklärungs- und Selbstdarstellungsangebote der GRÜNEN motiviert werden können. Warum GRÜNE wählen, wenn sie nichts risizieren wollen? Politische Eingriffsfähigkeit wird zur Bestandsvoraussetzung der Partei, auch wenn ihre nächste Chance noch im dunkeln liegt. Aber Koalitionsbereitschaft gegenüber der SPD, wie sie auch eine Mehrheit der grünen Wählerinnen erwartet, ist noch keine hinreichende Bedingung für ökologische Reformpolitik. Mehrheitsverhältnisse müssen „stimmen“, Kooperationspartner müssen „wollen“. Im Frühjahr 1987 kam es wegen der Unvereinbarkeit der Erfolgsmaßstäbe von SPD und GRÜNEN zur Beendigung der rot-grünen Koalition in Hessen. Die Zusammenarbeit, die auch durch Offenlegung von Mißwirtschaft in der Hanauer Atomindustrie erfolgreich war, scheiterte am Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Risikoscheu (erst die neu gewählte CDU-FDP-Regierung mochte - wenngleich nur halbherzig- zu Stilllegungsverfügungen greifen) und dem grünen Ziel des Ausstiegs aus der Atomwirtschaft. In Hamburg erwies sich nun schon zum dritten Male die Kluft zwischen SPD und (grüner) GAL als so tief, daß sich keine Seite für ernsthafte Kooperationsgespräche einsetzen mochte. Hier hat vielmehr die Wiederentdeckung der FDP als Koalitionspartner die künftigen Einflußchancen der GRÜNEN deutlich beeinträchtigt. Mißt man die Möglichkeiten der GRÜNEN allein auf der eindimensionalen Rechts-Links-Skala, so scheinen sie in der Rolle des Platzhalters am linken Rand über einen nur geringen Handlungsspielraum zu verfügen. Entweder sie gehen mit der SPD oder sie beschränken sich auf die Protest- und Oppositionsrolle. Eine SPD, die sich mit abklingendem Wendeschmerz wieder nach rechts öffnet und zwischen GRÜNEN und FDP als Mehrheitsbeschaffer abwägt, hätte dagegen

16 Vgl. T. Stryck, H. Wiesenthal: Wenn Nabelschau den Bück auf gesellschaftliche Prozesse verstellt, in: Frankfurter Rundschau, 17. Sept. 1987. Mit Yuppies und Dinks werden hier junge, höher qualifizierte und konsumstarke Großstädter („young urban Professionals“) bzw. gutverdienende kinderlose Paare („double income, no kids“) bezeichnet.

17 J. Raschke: Die Grünen zwischen Bewegungs- und Parlamentspartei, in: Gegenwartskunde, Heft 2/1987, S. 171-184 (hier: S. 178).

beachtlichen Spielraum gewonnen. Dir ausschließlicher Bezug auf einen einzigen Kooperations- und Gesprächspartner macht die GRÜNEN erpreßbar.

Nicht nur das Schicksal der GRÜNEN, sondern auch das einer ökologischen Reformpolitik hängen von richtigen Entscheidungen in dieser Zwickmühle-Situation ab. Der objektive Problemdruck und der Wandel der Wählermotive lassen im wesentlichen nur zwei, zwar kombinierbare, aber gleichermaßen riskante Reaktionen offen: zum einen Bemühungen, die Haßliebe zur SPD durch nüchterne Chancenabwägung zu ersetzen und gleichzeitig eine stärkere, zwar kritische, aber in den Sachthemen differenzierte Bezugnahme auf die liberalen Teile der Christdemokratie einzuleiten. Letzteres aber nicht als Vorbereitung von Koalitionsabsprachen, für die es an gemeinsamen Grundlagen fehlt, sondern zur Einflußnahme auf die dort geführten Diskussionen und zur Auflockerung der parlamentarischen Abschottungen, die Sachmehrheiten quer zu den Fraktionsgrenzen verhindern. Zum anderen müssen wieder die eigenen ökologisch-sozialen Wertorientierungen und nicht bloß das Identitätsgebot der Abgrenzung von Gegnern zum Zuge kommen. Wie nötig das ist, hat Joachim Raschke in einem fiktiven Rückblick auf die gegenwärtig lähmende Verknüpfung der Kapitalismus- mit der Ökologiefrage kenntlich gemacht: Wird dieses grüne Junktim nicht überwunden, so dürfte man eines Tages feststellen können: „Wer für (sozialen) Kapitalismus optierte, konnte nicht ausdrücken, wie wichtig für ihn die Umweltfrage war, und wer für Radikalität in der Umweltfrage eintrat, konnte dies nicht genügend differenzieren von einem sozialistischen Transformationsprogramm.“¹⁸

Die politischen Chancen der GRÜNEN sind nur noch unter erheblichen Risiken für ihr derzeitiges Identitätsbewußtsein zu nutzen. Die GRÜNEN müßten die Differenziertheit der Gesellschaft, die sie verändern und gestalten wollen, so weit anerkennen, daß sich auch die weniger identitäts- als wirkungsorientierten Wählerinnen zur Mitwirkung *in* der Partei bereitfinden. Für eine noch ausreichende Lernfähigkeit der vierten Partei sprechen nicht nur die häufig nach Wahlen erfolgten und selbstkritisch begründeten Kurskorrekturen, sondern auch ihre nach wie vor große „Offenheit“ gegenüber Basisinitiativen. Zwar funktionieren die GRÜNEN inzwischen als ebenso gutes Übungsfeld für demagogische Talente wie andere Parteien, aber den Entscheidungen der Partei haftet immer noch ein hohes Maß von Unsicherheit an, weil sie mehr „basisverursacht“ als vorstandsgesteuert sind. Diese Eigenschaft mag eine Repolitisierung der Bewegungspartei begünstigen. Allerdings begründet das nicht die Hoffnung, aus den GRÜNEN könnte jenes Zentrum sozialer und politischer Kreativität werden, von dem viele einst träumten. Parteien sind heute weder Sinnstifter noch Innovationszentren. Es wäre schon viel geholfen, würden sie von unerfüllbaren Erwartungen entlastet und gewöhnen dadurch die Freiheit, produktive Kontroversen über die Wege in eine lebenswerte Zukunft zu organisieren.

18 J. Raschke: Die Grünen zwischen Bewegungs- und Parlamentspartei, a. a. O., S. 182f.